

# Schwarzer Peter jetzt beim Regierungspräsidium

Ruine Hundseck: MdL Tobias Wald und Anrainer Jörg Schmidt kritisieren die Behörde scharf / „Runder Tisch bringt nichts“

**Schwarzwaldhochstraße/Ottersweier (red) – Das Regierungspräsidium Karlsruhe (RP) steht wegen Hundseck weiter in der Kritik. Mit „Empörung und Ratlosigkeit“ betrachtet Dr. Jörg Schmidt, ehemaliger Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg, die Entscheidung des RP, die Verfügung des Landratsamts zum Abriss der Kurhausruine aufzuheben. MdL Tobias Wald (CDU) nannte diese gestern „unfassbar und schlicht eine Katastrophe“.**

Jörg Schmidt, ein direkter Nachbar des teilabgebrochenen Gebäudes, fragt, wie es

möglich sei, „dass eine höhere Landesbehörde einen Sachverhalt, den jeder Betrachter als eine Versandlung des Landschaftsbilds empfindet, als keine ‚erhebliche‘ nachteilige Veränderung des Landschaftsbildes bezeichnet“. Die einzige Motivation „für die rechtlich unhaltbare Widerspruchsentscheidung“ sieht er darin, die bei einer Ersatzvornahme der Abbrucharordnung entstehenden Kosten zu vermeiden. Schmidt: „Das Geld wird für die Bauarbeiten am Besucherzentrum des Nationalparks gebraucht.“ Schmidt hatte zuletzt zweimal den Petitionsausschuss des Landtags angerufen, seinen Eingaben wegen rekla-

mierter Umweltgefahren und Verstößen gegen das Naturschutzrecht wurde jedoch nicht abgeholfen.

Dass das RP nun in seiner Entscheidung ausführe, es gebe keinen Nachweis, dass es „tatsächlich zu einer wirklichen Beeinträchtigung des Naturgenusses kommt“, sei juristisches Neuland, so Schmidt. „Käme es darauf an, wäre ein behördliches Einschreiten gegen Missstände der vorliegenden Art in Zukunft nicht mehr möglich. Denn dieser Nachweis lässt sich wohl nie führen.“

Ein Amtszeugnis und „kein Beleg für ausgeprägtes rechtsstaatliches Handeln“ sei es, dass das RP das rechtskräf-

tige Urteil des Amtsgerichts Rastatt verschweige, in dem die Grundstückeigentümer „wegen eines in der Ruine zu sehenden Verstoßes gegen die Landschaftsschutzverordnung“ bestraft worden seien.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Tobias Wald pflichtete Schmidt gestern bei: Der RP-Entscheid stehe „nicht nur in völligem Widerspruch zum Urteil des Amtsgerichts, sondern verkennet die Tatsache, dass die Ruine das Landschaftsbild und das gesamte Umfeld verschandelt.“ Wald verweist in der Pressemitteilung darauf, dass er seit Jahren alle Bestrebungen unterstütze, den Schandfleck zu beseitigen. So habe es auch

schon einen sogenannten Runden Tisch gegeben. „Dabei waren Lösungen aufgezeigt worden.“ Jene seien aber von den Eigentümern torpediert worden: „Sie sorgten mit Petitionen für eine völlig überflüssige Zeitverzögerung und zudem mit einer Auflassungsvormerkung im Grundbuch für weitere Verwirrung“, so Wald.

Nach der Entscheidung in Karlsruhe „sind wir jetzt so weit wie vor vier Jahren“, bedauert Wald. „Deshalb bringt ein erneuter Runder Tisch“, wie von Beate Böhlen (Grüne) vorgeschlagen, „leider schlichtweg nichts. Oder wollen wir weiter billigen, dass die Eigentümer uns und der gesamten

Region weiter auf der Nase herumtanzen? Nein!“

Das RP habe eine schnelle Lösung vereitelt. Diese liege auf der Hand: Zuerst die Eigentumsverhältnisse klären, dann mache eine Ersteigerung auch Sinn. Dann könne ein Investor, der bereitstehe, einen „beabsichtigen touristischen Leuchtturm“ schaffen. Erste „gute Gespräche“ über eine Landesförderung seien bereits geführt. „Das hätte alles schnell gehen können. Doch durch die unverständliche RP-Entscheidung geht die Hängepartie jetzt weiter“, beklagt der MdL aus Ottersweier. Damit sei klar, „wo die Verantwortung für das Debakel liegt“.